

Angebot für die Baumaßnahme: DSK im Iserlohner Stadtgebiet 2026

Kenn-Nr.:

Besondere Vertragsbedingungen

Es gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) in der z. Zt. geltenden Fassung.

Erläuterungen: AG = Auftraggeber
AN = Auftragnehmer
VU = Versorgungsunternehmen
EP = Einheitspreis(e)
LV = Leistungsverzeichnis

1.1 Lage und Bezeichnung des Bauvorhabens

Deckensanierung mittels Dünner Asphaltdeckschicht in Kaltbauweise (DSK)

- Hardstraße
- Ihmerter Weg 1-7

1.2 Baulastträger

Mit Ausnahme der Regulierung der Schieberkappen und Leitungsverlegungen werden alle Aufträge für Rechnung der Stadt Iserlohn erteilt. Die Aufträge für Kappenregulierungen und Leitungs- bzw. Leerrohrverlegungen erfolgen im Namen und für Rechnung der VU. Vor Arbeitsbeginn muss sich der AN jedoch im einzelnen Anweisungen der VU einholen und bestätigen lassen.

Zuordnungen der Lose:

LOS 1: Stadt Iserlohn, Bereich Tiefbau, Abteilung Straßen und Brücken

LOS 2: Stadt Iserlohn, Bereich Tiefbau, Abteilung Stadtentwässerung

1.3 Vergabe

Die Ausschreibung besteht aus zwei Losen. Eine losweise Vergabe erfolgt nicht.

1.4 Verkehrsbeschränkungen, Behinderungen durch Anliegerverkehr, Verkehrsregelungen und Umleitungen

Der Durchgangs- und Anliegerverkehr ist jederzeit zu gewährleisten. Alle hierdurch entstehenden Erschwernisse sind in die Einheitspreise der einzelnen Teilleistungen einzurechnen. Die Verkehrsregelung ist vor Beginn der Bauarbeiten mit dem Bereich Straßenverkehr in der Örtlichkeit abzustimmen.

1.5 Vorgeschriebene Kippe

Anfallender Aushub ist vom AN abzufahren und in einer dafür zugelassenen Abfallbeseitigungsanlage abzukippen. Eine Beseitigung außerhalb solcher Anlagen ist nur zu-

lässig, wenn hierfür die erforderliche abfallrechtliche Ausnahmegenehmigung vorliegt.

1.6 Baustoffe, bauseitige Lieferung

Die vom AG bereitgestellten Materialien für die Herstellung der Baumaßnahme, sind beim städtischen Bauhof abzuholen. Übrige Materialien sind zur Lieferstelle zurückzubringen und ordnungsgemäß zu lagern.

Der hierfür erforderliche Aufwand ist in die entsprechenden EP einzukalkulieren.

1.7 Nebenangebote / Änderungsvorschläge

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

1.8 Zusätzliche / geänderte Leistungen

Sind wegen fehlender Positionen zusätzliche Leistungen erforderlich, oder kommt es aufgrund einer Änderung des Bauentwurfs zu geänderten Leistungen, so hat der AN dem AG unaufgefordert, spätestens eine Woche vor Ausführung der Leistungen, eine Kostenschätzung in schriftlicher Form vorzulegen. Auf Grundlage der Kostenschätzung entscheidet der AG über die Ausführung der Leistungen. Vorher darf mit den Arbeiten nicht begonnen werden. Zusätzliche und / oder geänderte Leistungen werden nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet. Zur Prüfung sind dem AG die entsprechenden Nachweise vorzulegen.

1.9 Schutz vor Lärm und Staub usw.

Der AN verpflichtet sich, Maßnahmen zum Schutz gegen Lärm und Verunreinigungen aller Art in dem Umfang zu treffen, dass die Anlieger nicht mehr als nach Umständen unvermeidbar belästigt werden. Es müssen schallgedämpfte Abbruchgeräte verwendet werden.

Kommt es infolge des Baustellenbetriebs zu Verschmutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen, so sind diese umgehend zu beseitigen. Wenn nötig, sind selbstaufnehmende Kehrmaschinen einzusetzen. Die Kosten für die Beseitigung sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen

1.10 Subunternehmen, Nachunternehmen

Falls der AN im Angebot die Beschäftigung von Fremdunternehmen angibt, so müssen Namen und Anschrift sowie Angaben über die Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft und zum jeweiligen Bereich (Handwerk, Industrie, Sonstige) beigefügt sein. Wenn der AN nachträglich solche Firmen beschäftigen will, muss er dies beim AG rechtzeitig schriftlich beantragen.

Der AG entscheidet, ob dem Antrag zugestimmt wird.

1.11 Personelle Besetzung der Baustelle

Neben der Benennung des verantwortlichen Bauleiters hat der AN dafür zu sorgen, dass auf der Baustelle ständig ausreichend Baufacharbeiter beschäftigt werden. Unsachgemäße Arbeiten werden grundsätzlich abgelehnt und müssen unverzüglich, ggf. durch andere Fachkräfte, ordnungsgemäß hergestellt werden

1.12 Unfallverhütung

Der Auftragnehmer hat zur Sicherung der Baustelle und der Verkehrseinrichtung nach den gesetzlichen, polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung, auch außerhalb der Arbeitszeit und bei Unterbrechung der Ausführung, auszuführen oder zu veranlassen. Des Weiteren verpflichtet sich der Auftragnehmer, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, insbesondere das Gesetz über technische Arbeitsmittel, die maßgeblichen BGVs, weitere Arbeitsschutzvorschriften, sowie im Übrigen die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln. Diese Verpflichtung ist Teil des Auftrags. Wird diese Regelung nicht beachtet, gilt der Auftrag als nicht ordnungsgemäß erfüllt.

Der Auftragnehmer haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen erwachsenden Schäden und verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen gegen ihn erhobenen Ansprüchen, die auf Missachtung dieser Verpflichtung beruhen, in vollem Umfang freizustellen.

2. Objekt- / Bauüberwachung sowie ggf. Sicherheitskoordination (Baustellenverordnung):

- 2.1** Die Objekt- / Bauüberwachung obliegt dem Auftraggeber.
- 2.2** Die örtliche Bauführung für den Straßenbau wird vom Bereich Tiefbau der Stadt Iserlohn, Abt. Straßen und Brücken, wahrgenommen.
- 2.3** Bei augenscheinlich einwandfreier Materiallieferung wird auf den Nachweis über die Prüfung während des Einbaues (s. z. Z. gültige Fassung der ZTV Stra) verzichtet.
- 2.4** Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.
- 2.5** Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte / ein Bautagebuch gem. Zif. 7 ZVB zu führen.

3. Dem Auftragnehmer werden unentgeltlich zur Benutzung überlassen:

- 3.1** Als Lager- und Arbeitsplätze können dem AN nur der Baubereich zur Verfügung gestellt werden.

Etwa darüber hinaus erforderliche Lager- und Arbeitsplätze hat der Auftragnehmer zu beschaffen; die Kosten sind durch die Vertragspreise abgegolten.

- 3.2** Verkehrswege innerhalb des Baugeländes sind nicht vorhanden.
- 3.3** Anschlüsse für Wasser und Strom können seitens des AG nicht zur Verfügung gestellt werden. Es ist Sache des AN, sich Strom und Wasser selbst zu beschaffen. Alle Kosten, die mit der Beschaffung von Strom und Wasser im Zusammenhang stehen, sind in die EP einzurechnen.
- 3.4** Sonstige Anschlüsse sind nicht vorhanden.

4. Ausführungsfristen:

4.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen:

X ab Juli 2026

4.2 Die Leistung ist abnahmereif fertig zu stellen:

X bis spätestens Ende Oktober 2026

4.3 Der Auftraggeber behält sich vor, im Auftragsschreiben den Beginn und das Ende der Ausführungsfrist und etwaiger Einzelfristen datumsmäßig festzulegen.

Ändern sich während der Vertragsdurchführung die Vertragsfristen durch Vereinbarung oder gem. § 6 Abs. 2 VOB/B, treten diese an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Fristen.

5. Vertragsstrafen

Entfällt.

6. Rechnungen

6.1 Bei sämtlichen im Leistungsverzeichnis aufgeführten Leistungen sind die Massen- und Rechnungserstellungen (auch Abschlagsrechnungen) inkl. Aufmaße gesondert für die beiden Lose:

Los 1 (= Abteilung 66/1 Straßen und Brücken)

Los 2 (= Abteilung 66/2 Stadtentwässerung)

auszuweisen.

Die getrennte Massen und -Rechnungsstellung wird nicht gesondert vergütet.

Die elektronische Bauabrechnung ist zulässig, wenn mit der Schlussrechnung ein entsprechender digitaler Datenträger eingereicht wird.

6.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind dreifach einzureichen.

6.3 Abschlagsrechnungen

Abschlagsrechnungen sind möglichst nicht unter 5.000 € einzureichen.

Mit Hinweis auf die VOB Teil B § 16 Abs. 1 wird vereinbart:

Abschlagsrechnungen werden nur dann in voller Höhe angewiesen, wenn prüfbare, genaue Massenaufstellungen beigelegt sind.

Sind die Massenansätze nur überschlägig ermittelt, wird vom Netto-Abschlagsbetrag automatisch rd. 10 % für Sicherheit abgesetzt und bis zur Schlussrechnung bzw. bis zum genauen Zwischennachweis einbehalten.

7. Sicherheitsleistungen

7.1 Stellung der Sicherheit

Entfällt.

8. Abnahme

Die Leistung wird förmlich abgenommen.

9. Verjährungsfrist für Mängelansprüche

Abweichend von den Empfehlungen der VOB wird eine Verjährungsfrist für sämtliche Mängelansprüche von 2 Jahren vereinbart.

10. Gewährleistung

Die Gewährleistung rechnet unbeschadet des Zeitpunktes der Zwischenabnahmen vom Tage der Schlussabnahme. Entsprechend den Technischen Vorschriften werden folgende Gewährleistungsfristen Vertragsbestandteil:

Für alle anderen bituminösen Bauweisen (stufenweiser Aufbau, Zwischenausbau, Deckenerneuerung usw.) gilt folgendes:

Oberflächenbehandlungen, Dünne Asphaltdeckschichten in Kalt-, in Heißbauweise und in Heißbauweise auf Versiegelung, das Rückformen sowie Asphaltdeckschichten mit mind. 50 kg/qm Mischgut oder mit mind. 2,0 cm Dicke und Asphalttragdeckschichten

2 Jahre

Alle übrigen Arbeiten

2 Jahre

Auch bei entsprechenden Preisabzügen wegen Qualitätsminderung haftet der Auftragnehmer in vollem Umfang während der Gewährleistungsfrist.

Die Rückerstattung eines aufgrund eines Mangels abgezogenen Betrages, wenn der Mangel vom Auftragnehmer aufgrund seiner Gewährleistungspflicht beseitigt wird, erfolgt zinslos. Hatte der Auftragnehmer zwischenzeitlich besondere Aufwendungen aus Anlass der Vertragsabweichung, werden diese Kosten bei der Rückerstattung einbehalten.

11. Form und Inhalt der Angebote

Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Für das Angebot sind die vom AG übersandten Vordrucke zu verwenden; das Angebot ist an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben. Fehlt die Unterschrift, muss das Angebot für ungültig erklärt werden. Die Verwendung selbstgefertigter Vervielfältigungen, Abschriften und Kurzfassungen ist - ausgenommen beim LV, wenn der Bieter das vom AG verfasste LV als allein verbindlich anerkennt, - unzulässig. Das Angebot muss vollständig sein. Es muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Änderungen des Bieters an seinen Ein-

tragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.

Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

12. Preise

12.1 Die Einheits- und Pauschalpreise des Angebotes sind Festpreise.

12.2 Eine Aufgliederung der Einheitspreise wird nicht gefordert.

12.3 Eine Lohngleitklausel wird nicht vereinbart.

12.4 Eine Stoffpreisgleitklausel wird nicht vereinbart.

13.1 Ausführungspläne, Bestandspläne

Ausführungspläne werden vom AG zur Verfügung gestellt. Detailpläne sind, soweit zusätzlich erwünscht, vom AN ohne besondere Vergütung anzufertigen und dem AG zur Genehmigung vorzulegen.

Nach Fertigstellung der Arbeiten sind, zusammen mit der Schlussrechnung, als Bestandteil derselben, prüfbare und maßstabgerechte Abrechnungszeichnungen, ohne besondere Vergütung beizufügen.

14.1 Ausführung von Deckenarbeiten

Bei der Fertigung von Asphaltdecken wird der Einsatz eines Straßenfertigers mit folgenden Merkmalen vorausgesetzt:

Vorverdichtung an der Einbaubohle mind. 95 % bzw. nach ZTV Asphalt-StB. Die Bohle soll ausfahrbar sein und eine Glätteeinrichtung und Beheizung haben. Die Mindesteinbaubreite ist mit 4,50 m erforderlich. Der Fertiger muss mit Förderbehälter und Nivellierautomatik ausgestattet sein.

Der Bieter erklärt, dass er über ein solches Gerät mit Fachpersonal verfügt oder sich verschaffen kann. (S. Erklärung für den Einsatz von Subunternehmern in der Leistungsbeschreibung.)

14.2 Ausführung von Verkehrswegebauarbeiten

Das für den Umbau und die Erneuerung der Verkehrsanlagen eingesetzte Personal, insbesondere für die Pflasterarbeiten, muss über entsprechende, nachweisbare Erfahrung und Qualifikation verfügen. Entsprechende Nachweise sind dem AG vorzulegen.

Der Bieter erklärt, dass er über ein solches Fachpersonal verfügt oder sich verschaffen kann. (S. Erklärung für den Einsatz von Subunternehmern.)

15. Bietererklärung

Der Bewerber/Bieter erklärt hiermit ausdrücklich, dass alle Einzelheiten über die Art und den Umfang der geforderten Leistungen bekannt sind, dass die Einheitspreise unter Zugrundelegung der Verdingungsunterlagen ermittelt wurden und dass die Vertragsbedingungen anerkannt werden.

Der Bieter bestätigt weiter durch seine Unterschrift, dass ihm alle erforderlichen Geräte und Arbeitskräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen und dass er alle notwendigen Materialien rechtzeitig beschaffen kann.

Der Bieter versichert, dass alle Preise einzeln kalkuliert sind.